

Autor*innen und Unterstützer*innen: Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis), Laura Wahl (KV Erfurt), Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt), Stefan Schweßinger (RV Wartburgkreis/Eisenach), Matthias Altmann (KV Weimar), Tino Gassmann (KV Unstrut-Hainich-Kreis), Beatrice Sauerbrey (KV Weimarer Land) Jan Estelmann (KV Erfurt), Max Reschke (KV Weimarer Land), Nico Nieschke (KV Nordhausen), Christian Foß (KV Unstrut-Hainich-Kreis), Thomas Wieden (KV Gera)

Nach der Wahl ist: Was?

Erste Anmerkungen und Einschätzungen zum bündnisgrünen Ergebnis bei der Landtagswahl in Thüringen 2019

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen sind für uns Bündnisgrüne enttäuschend. Angesichts vorzeigbarer Ergebnisse innerhalb einer rot-rot-grünen Regierung, eines sehr guten grünen Bundestrends, motivierten Wahlkämpfer*innen und Unterstützung durch bundespolitische Akteur*innen sowie Mitglieder anderer Landesverbände haben wir es in Thüringen nur sehr knapp mit 5,2 Prozent der Zweitstimmen wieder in den Landtag geschafft und sind zukünftig nur noch mit fünf Abgeordneten in diesem vertreten.

Inhalt

Beste äußere Voraussetzungen für ein sehr gutes Wahlergebnis	2
Wo lagen Fehler oder Ursachen?	2
Erste Evaluation der Wahlergebnisse.....	3
Das mobilisierbare Wähler*innenpotential konnte nicht ausgeschöpft werden	3
Gestiegene Wahlbeteiligung ambivalent	3
Missachtete Warnzeichen	3
Wähler*innenverluste an die Linke.....	3
Geringe absolute Zweitstimmenzuwächse	4
Ergebnisse im ländlichen Raum.....	4
Thematische Einflüsse auf das Wahlergebnis	4
Negative Auswirkungen der Regierungsverantwortung?	4
Zentrale Wahlkampfthemen waren zu abstrakt angelegt	5
Verengung bei der thematischen Schwerpunktsetzung	6
Personelle Einflüsse auf das Wahlergebnis.....	6
Keine positiven Personalisierungseffekte durch die Spitzenkandidat*innen	6
Negativeffekte aus dem Untersuchungsausschuss?	7
Der Verzicht auf eine Zweitstimmenkampagne war ein Fehler	7
Authentische und überzeugende Kandidat*innen.....	7
Listenaufstellung - zu früh, zu exklusiv?.....	7
Organisatorische Einflüsse auf das Wahlergebnis	8
Missachtung von Wahlkampf gremien (Wahlkampfkommission, Wahlkampfberatungsgruppe).....	8
Mangelhafte Aufstellung des geschäftsführenden Vorstands und de facto Nichteinbindung der gewählten Wahlkampfkommission bei zentralen Entscheidungen	8
Fehlende inhaltliche Abstimmung zwischen Landesvorstand und Fraktion	9
Mangelhafte Basisbeteiligung in den Erstellungsprozess des Wahlprogramms.....	9

Mangelhafte Einbindung der Kreisverbände in die Wahlkampforganisation. Keine Wertschätzungskultur vor allem auch für Ehrenamtliche.	9
Fehlende Social-Media-Strategie	10
Keine positiven Effekte durch die Bildersprache der Wahlplakate.....	10
Mobilisierung der Mitglieder für den Wahlkampf ist nicht gelungen.....	10
Mangelhafte Wahlkampfführung im ländlichen Raum.....	10
Notwendige Schlussfolgerungen.....	11

Beste äußere Voraussetzungen für ein sehr gutes Wahlergebnis

Dabei waren die Voraussetzungen für ein sehr gutes Wahlergebnis unseres Landesverbandes nie besser als in diesem Wahljahr 2019. Noch nie hatten wir einen derartigen Rückenwind aus der Bundespolitik. Noch nie hatten die Grünen auf Bundesebene in ihrer Geschichte einen derart lang anhaltenden Zeitraum mit Umfragewerten, die konstant über 20 Prozent lagen. Noch nie hatte ein für grüne Forderungen wichtiges Thema über einen so langen Zeitraum im Mittelpunkt einer gesamtgesellschaftlichen Debatte gestanden wie dieses Mal der Klimaschutz. Noch nie hatte der Landesverband so viele Mitglieder, die für den Wahlkampf mobilisierbar waren. Noch nie war die Landesgeschäftsstelle für einen Wahlkampf personell und finanziell besser ausgestattet. Noch nie hatte die Landespartei die Möglichkeit, die Erfolge aus einer Regierungsbeteiligung in einen Wahlkampf einzubringen. Also alles in allem genügend Gründe, die ein erfolgreiches Abschneiden unseres Landesverbandes erwarten ließen. Stattdessen sind wir nur hauchdünn an einem Desaster vorbeigeschrammt.

Wo lagen Fehler oder Ursachen?

Im Wesentlichen wurden für das schlechte Ergebnis bisher vor allem äußere Faktoren angegeben. Es wurde auf den Amtsbonus des Ministerpräsidenten hingewiesen. Dank dem schon wie zuvor in Sachsen und Brandenburg das jeweilige Parteiergebnis des Amtsinhabers nach oben gezogen wurde. Hingewiesen wurde auf das für eine grüne Partei schwierige soziodemografische Umfeld in einem ländlich geprägten Ost-Bundesland. Es wurde auf die schwierige Atmosphäre ausgehend insbesondere von der Höcke-AfD aber auch den Totalverriss rot-rot-grüner Politik durch die CDU und FDP und den sich daraus ergebenden besonderen Härten dieses Wahlkampfes verwiesen.

Sicherlich haben diese Faktoren unser Ergebnis negativ beeinflusst. Als maßgebliche Erklärungsfaktoren für das Wahldebakel greifen sie jedoch zu kurz. Wir müssen uns daher dringend kritisch mit unseren hausgemachten Fehlern auseinandersetzen. Es braucht eine ehrliche und sachliche Aufarbeitung um die notwendigen und richtigen Schlussfolgerungen für künftige Wahlkämpfe zu ziehen. Sich daraus ergebende Konsequenzen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Denn aus den schwierigen Mehrheitsverhältnissen im Landtag könnte sich ein durchaus nicht unwahrscheinliches Szenario mit baldigen Neuwahlen ergeben.

Wir wollen hier einer angekündigten tiefergehenden Analyse zu den Ursachen des Wahlergebnisses nicht vorgreifen. Allerdings lassen sich aus dem öffentlich zugänglichen Zahlenmaterial von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen, den Kurzanalysen einiger Parteistiftungen sowie den subjektiven Erfahrungsberichten vieler Wahlkämpfer*innen bereits einige Einschätzungen ableiten.

Erste Evaluation der Wahlergebnisse

Das mobilisierbare Wähler*innenpotential konnte nicht ausgeschöpft werden

An den Beginn der Analyse gehört die bittere Feststellung, dass wir es ohne die Unterstützung der Bundesebene nicht mehr aus eigener Kraft in den Landtag geschafft hätten. Wir konnten das für Grüne mobilisierbare Wähler*innenpotential bei weitem nicht ausschöpfen. Noch bei der Europawahl im Mai 2019 hatten wir bei einer Wahlbeteiligung von 61,5% in absoluten Zahlen 90.409 Zweitstimmen erhalten, was einem Anteil von 8,6% entsprach. Bei einer Wahlbeteiligung von 64,9% bei der jetzigen Landtagswahl haben wir allerdings nur 57.474 Stimmen erreicht, auch wenn dies einen Zugewinn in absoluten Zahlen um 4.078 Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl 2014 bedeutet.

Gestiegene Wahlbeteiligung ambivalent

Insbesondere das durch die gestiegene Wahlbeteiligung erzeugte zusätzliche Wähler*innen-Potenzial wurde seitens der Grünen kaum ausgeschöpft. Im Gegenteil: Die gestiegene Wahlbeteiligung schadete den Grünen traditionell mehr als sie nützte. Von landesweit 166.619 zusätzlichen Zweitstimmen gegenüber 2014 landeten nur etwa 2,5% bei den Grünen. Zudem gab es erstmals keinerlei Zweitstimmenkampagne von Landesebene - sie wurde von selbiger sogar vehement abgelehnt.

Missachtete Warnzeichen

Nachdem im November 2018 die Grünen in Thüringen bei einer INSA-Wahlumfrage auf 12% geschätzt wurden und bei den folgenden Wahlumfragen kontinuierlich bei bzw. über 7% lagen, war eine gewisse Sicherheit zu spüren, dass wir den Einzug in den Landtag schaffen würden. Im April 2019 verkündeten die Spitzenkandidat*innen kurz vor den Kommunalwahlen gar das Ziel, dass ein zweistelliges Ergebnis angepeilt sei.

Doch schon bei der Europawahl im Mai 2019 war es nicht gelungen unser Potential auszuschöpfen. So erreichten die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, die mit ähnlichen soziodemografischen Verhältnissen zurechtkommen müssen und aktuell nicht einmal über eine Landtagsfraktion verfügen, mit 10,8% ein deutlich besseres Ergebnis. Die Stimmenanteile in den anderen ostdeutschen Ländern lagen ebenfalls durchweg höher, so in Brandenburg 12,3%, Sachsen 10,3%, und Sachsen-Anhalt 9,2%.

Eigentlich hätten dies bereits klare Warnzeichen sein müssen. Nach den den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September 2019 hätte uns klar werden müssen, dass sich der Trend gegen uns richtete.

Brandenburg mit 10,8% und Sachsen mit 8,6% erzielten Ergebnisse deutlich unter ihren vorherigen Umfragewerten und den Ergebnissen der Europawahl. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten wir auch in den offiziellen Gremien auf Landesebene zu einer realistischeren Einschätzung auch in Thüringen kommen müssen.

Wähler*innenverluste an die Linke

Die Wahlforschung zeigt ein für Grüne übliches Bild. So ist das Ergebnis vor allem bei den "Frauen", "Jüngeren", "Hochgebildeten", "Angestellten" und "Beamten*innen" überdurchschnittlich. Dabei gibt es kaum Abweichungen im Vergleich zu den

Landtagswahlen 2014. Zu beobachten ist allerdings eine Steigerung bei unter 30-Jährigen von 8% auf 11% und ein anteiliger Verlust bei den 30- bis 44-Jährigen von 9% auf 7%.

Die Ab- und Zuströme bei der Wähler*innenwanderung fallen insgesamt eher gering aus. Der größte Stimmenverlust der Grünen beträgt 9.000 Stimmen an die Linke. Zugewinne erhielten die Grünen von ehemaligen CDU-Wähler*innen (+5.000), Nichtwähler*innen (+3.000), Erstwähler*innen (+3.000) und Zugezogenen (+6.000).

Auffällig ist, dass die LINKE besonders in den Wahlkreisen Jena I und II und Weimar II die höchsten Zugewinne verzeichnen konnte. Dies spricht dafür, dass es uns hier nicht gelingen konnte, (junge) links-grün affine Wähler*innen zu überzeugen, ihre Zweitstimme GRÜN zu geben, was hier bei der Europawahl noch gelungen war.

Eine auffällige Abweichung gibt es bei der Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung: Wo Anhänger*innen der LINKE und der SPD zu 93% und 87% mit der Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung zufrieden sind, sind es gerade einmal 58% der Grünen-Anhänger*innen. Es ist unklar, woran dies liegt und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Allerdings waren die Zustimmungswerte zum MP Ramelow auch in unserem Wähler*innenklientel durchgängig hoch.

Geringe absolute Zweitstimmenzuwächse

Zu beobachten ist eine Stadt-Land-Differenz mit unterdurchschnittlichen grünen Ergebnissen vor allem in Wahlkreisen mit stark schrumpfender Bevölkerung. Absolute Zweitstimmenzuwächse gab es fast ausschließlich in Erfurt, Jena, im Eichsfeld und in Weimar. Lediglich in zehn Wahlkreisen konnte ein Zweitstimmenergebnis von 5% und mehr erreicht werden. Auffällig ist, dass dies vor allem Wahlkreise mit Hochschulstandorten sind. Auch die Ergebnisse der kreisfreien Städte bleiben allerdings wie in allen anderen Wahlkreisen deutlich hinter den Ergebnissen der Europawahlen zurück.

Ergebnisse im ländlichen Raum

Bemerkenswert ist ein Zuwachs an absoluten Zweitstimmen im Eichsfeld (+600) gegenüber den Wahlen in 2014. Dies ist wohl nur mit den spezifischen Eigenheiten des Landkreises, z.B. mit der traditionellen Stärke der CDU und der gemeinsamen Schwäche von SPD und LINKE aber auch mit dem Wahlkampf der Grünen vor Ort zu erklären. So setzte der Kreisverband, in dem Bernd Höcke auch als Direktkandidat für die AfD antrat konsequent auf eine Zweitstimmenkampagne und machte dies auch auf seinen Plakaten deutlich - ein Hinweis darauf, wie notwendig eine landesweite Zweitstimmenkampagne gewesen wäre. Deutliche Verluste bei den Anteilen der Zweitstimme gegenüber 2014 sind vor allem im Wartburgkreis, in Weimar/Weimarer Land, Sömmerda/Gotha, Saalfeld-Rudolstadt und im Saale-Orla-Kreis zu beobachten.

Thematische Einflüsse auf das Wahlergebnis

Negative Auswirkungen der Regierungsverantwortung?

Es stellt sich vor allem die Frage, warum sich die inhaltliche Regierungsarbeit nicht positiv auf unser Wahlergebnis niedergeschlagen hat. Im Gegensatz zu den LINKEN, haben sich unsere Werte bei den Problemlösungskompetenzen in den einzelnen Politikfeldern im Vergleich zu 2014 durchgängig verschlechtert. Dies betrifft leider auch die beiden

Themenfelder bei denen uns 2014 die höchsten Kompetenzwerte zugeschrieben worden waren - Umwelt/Klima sowie Asyl- und Flüchtlingspolitik. Politikfelder in denen wir mit unseren Minister*innen fünf Jahre lang die Regierungsverantwortung getragen haben.

Besonders nachdenklich macht es uns, wenn wir selbst bei unserer Kernkompetenz "Umwelt" Verluste zu verzeichnen haben. So sind die Kompetenzzuschreibungen im Bereich Umweltpolitik von 49% in 2014 auf nun 41% gesunken. Wir müssen uns fragen, ob wir das Thema "Klimaschutz" nicht zu abstrakt angelegt haben. Wir müssen uns fragen, wie wir das Thema besser auf konkrete Vorhaben in Thüringen hätten herunterbrechen können. Wir müssen uns fragen, wie wir das Thema, vor allem in einem Land mit den soziostrukturellen Problemen Thüringens, besser mit dem Thema soziale Gerechtigkeit hätten verbinden können oder gar müssen.

Auf diese Thesen weist der Umstand hin, dass $\frac{2}{3}$ der Thüringer*innen die Klimapolitik der Grünen als "zu radikal" wahrnehmen. Die aus Klimaschutzpolitischer Sicht zurecht als unzulänglich zu kritisierenden Ergebnisse des Klimakabinetts wurden von vielen Thüringer*innen bereits als "zu viel" wahrgenommen. Der Ruf der Grünen nach noch konsequenteren und mehr Klimaschutz wird somit von vielen Thüringer*innen mit einer Verteuerung und Einschränkung ihres Lebensstils verbunden. In unserer Kommunikation müssen wir deshalb dringend daran arbeiten, die Notwendigkeit von Klimaschutzpolitik und deren Erforderlichkeit für alle Menschen konkreter und nachvollziehbarer zu vermitteln.

Aber auch im Themenfeld Asyl- und Flüchtlingspolitik sind die Kompetenzwerte von 7% auf 4% gesunken. Die Abnahme der Kompetenzzuschreibung geht einher mit einer Wiederzunahme von migranten*innenfeindlichen Einstellungen, wie der Thüringen Monitor 2018 herausstellt. Als Grüne werden wir jedoch explizit mit einer migrant*innenfreundlichen Politik verbunden. Diese Einstellungsveränderungen der Thüringer*innen könnten eine mögliche Erklärung für die geringere Kompetenzzuschreibung sein. Dennoch kann festgehalten werden, dass auch 2019 weiterhin in diesen beiden Themenfeldern die höchsten Kompetenzzuschreibungen für Grüne überhaupt liegen.

Zentrale Wahlkampfthemen waren zu abstrakt angelegt

Auffällig ist auch, dass die Schwerpunktsetzung bei weiteren Themen offensichtlich nicht funktioniert hat. Als zweites großes Thema nach dem "Klimaschutz" wurde im Wahlkampf das Thema "Demokratie" platziert. Wie schon beim "Klimaschutz" stellt sich aber auch hier die Frage, ob das Thema nicht zu abstrakt aufgezoogen wurde und vor allem ob die beiden Themen nicht zu stark aus einer bundespolitischen Perspektive ohne die Berücksichtigung der Thüringer Verhältnisse fokussiert wurden. Hier muss die Frage gestellt werden, ob es nicht aussichtsreicher gewesen wäre, konkrete Erfolge aus dem Themenfeld wie z.B. das Paritätsgesetz herauszustellen, statt das Thema zu stark auf eine reine Abgrenzungsstrategie zur AfD zu fokussieren?

Nach internen Prognosen sollten viele Anti-AfD-Stimmen fast automatisch bei den Grünen landen. Das mag zuvor in westdeutschen Bundesländern zwar wegen der schwachen Aufstellung der Linkspartei auch funktioniert haben. Aufgrund der Stärke der Linken in Thüringen konnte dieser Effekt hier allerdings nicht durchschlagen. Ein Indiz dazu findet sich auch in der Kompetenzzuschreibung. Der Wert für die Grünen beim Themenfeld „Rechtsextremismus bekämpfen“ lag bei 4%. Unter Umständen sind Wähler*innen bei dieser Prioritätensetzung eher bei der Linken gelandet.

Verengung bei der thematischen Schwerpunktsetzung

Ein weiterer Fehler in der Wahlkampfstrategie dürfte darin gelegen haben, die zentralen Wahlkampfthemen "Demokratie" und "Klimaschutz" nicht um andere wichtige Themenfelder zu erweitern. So ist nur schwer nachzuvollziehen warum ein auf Länderebene wichtiges Thema wie die Bildungspolitik nicht stärker in den Fokus gerückt wurde, obgleich wir die Erfahrung gemacht haben, mit genau diesem Thema Wahlen gewinnen zu können - siehe 2009. Damals erreichten wir das bis dato beste Ergebnis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Landtagswahl in Thüringen und zogen nach 15 Jahren außerparlamentarischer Opposition wieder in den Landtag ein.

In der für die Wahlentscheidung maßgeblichen Themenpräferenz lag bei den Grünen-Anhänger*innen nach den Erhebungen von Infratest dimap das Thema "Bildung" nach dem Thema "Umwelt/Klima" (69%) mit 40% auf dem zweiten Platz. Bei der Forschungsgruppe Wahlen wurde das Thema "Schule/Bildung" von allen Wähler*innen mit 29% als wichtigstes Problem an die erste Stelle gesetzt.

Offensichtlich konnten wir unsere Wähler thematisch nicht erreichen. Vielen war offenbar nicht klar, wofür wir Grünen eigentlich konkret stehen, zumal bei den wenigen und engen Themen, die nach vorn gestellt wurden. Es wurde nicht klar, worin genau der Unterschied zu den Linken besteht bei Themen wie "Soziales", "Bildung" oder "ärztliche Versorgung auf dem Land".

War bzw. ist uns bewusst, was die Menschen am meisten bewegt? Nur für Demokratie und Klimaschutz allein wählt man uns offenbar nicht. Manche haben uns auch nicht gewählt, weil sie sich nicht sicher waren, ob ihre Stimme damit wirklich bei rot-rot-grün bleibt. Gerade in ländlich geprägten Kreisen mit einem schlecht ausgebauten Nahverkehrsangebot könnte es uns übel genommen worden sein, dass wir zwar fordern, mit einem 2-Euro-Ticket durch das ganze Land fahren zu können ohne aber klar zu benennen, wie wir den Ausbau des Nahverkehrs realisieren wollen.

Zudem waren wir nicht in der Lage, auf Kampagnen gegen uns, wie zur Windkraft, zu reagieren. Es stellt sich also die Frage, ob wir die richtigen Rezepte für schrumpfende Regionen haben? Haben wir die richtige Ansprache an ältere Menschen gewählt, die in Thüringen die deutliche Mehrheit der Wähler*innen bilden, uns aber in der Altersgruppe über 60 Jahre nur zu drei Prozent gewählt haben.

De facto waren wir nicht darauf vorbereitet, dem negativen Framing (z.B. Windradwahnsinn seitens der CDU) wirksam etwas entgegenzusetzen. Eine Strategie dazu gab es nicht. Vorschläge, die Themenpalette um beispielsweise das Thema "Bildung" zu erweitern, wurden vehement abgelehnt, obgleich wir im Wahlkampf landauf landab genau zu diesem Thema von den Bürger*innen angefragt wurden und uns bewusst sein musste, dass dies gerade von den Oppositionsfraktionen zum Hauptthema gemacht wird. So blieben wir hier permanent im Rechtfertigungsmodus.

Personelle Einflüsse auf das Wahlergebnis

Keine positiven Personalisierungseffekte durch die Spitzenkandidat*innen

Für Grüne haben Personalisierungseffekte traditionell eher geringe Auswirkungen auf das Parteiergebnis (Ausnahme Baden-Württemberg). Zudem haben bei den anderen Landtagswahlen im Herbst 2019 vor allem Personalisierungseffekte der amtierenden Ministerpräsidenten eine große Rolle gespielt. Hinsichtlich der grünen Spitzenkandidatin kann festgestellt werden, dass sich wie schon bei den Landtagswahlen 2014 auch 2019

keine positiven Personalisierungseffekte ergeben haben. So haben sich die Werte bei der Frage nach der Spitzenkandidatin als Motiv für die Wahlentscheidung gegenüber 2014 um 5% auf nun 9% verringert. Bei der Frage nach der Politiker*innenzufriedenheit blieben die Werte bei der Spitzenkandidatin nahezu unverändert (2014 25%, 2019 26%).

Negativeffekte aus dem Untersuchungsausschuss?

Ob und wie stark sich die Berichterstattung zu dem den Justizminister betreffenden Untersuchungsausschuss tatsächlich negativ auf das Wahlergebnis ausgewirkt hat, lässt sich aufgrund mangelnden Zahlenmaterials nicht seriös beantworten. Es gibt Rückmeldungen von Wahlkämpfer*innen, die auf die Causa angesprochen wurden, als auch solche, die angaben, während des gesamten Wahlkampfs nie damit konfrontiert worden zu sein. Eine einseitige Schuldzuweisung dahingehend als maßgeblichen Grund für das Wahlergebnis halten wir für vorgeschoben und mindestens fragwürdig.

Der Verzicht auf eine Zweitstimmenkampagne war ein Fehler

Ein weiterer Aspekt hinsichtlich personeller Faktoren bezieht sich auf das grüne Erststimmenergebnis (6,5%), das deutlich über dem Zweitstimmenergebnis (5,2%) liegt. So fällt beispielsweise gerade in Jena und Weimar die im Vergleich zur Zweitstimme deutlich höhere Erststimmenanzahl auf. So wurde insbesondere im Wahlkreis Jena I und Weimar II über Aussichten auf ein Direktmandat spekuliert. Zwar gewann jeweils der Kandidat der Linkspartei, deren Erststimmenergebnisse bleiben aber deutlich unter den Ergebnissen ihrer Partei (um 6 bzw. 7%). Die beiden grünen Kandidatinnen erzielten mit 24,6% bzw. 19,8% hohe Erststimmenergebnisse, blieben jedoch 7 bzw. 9% hinter den Wahlkreissiegern.

Dass in diesen Wahlkreisen offensiv um die Erststimme geworben wurde, war lokal gesehen sicherlich durchaus richtig. Dass diese lokalen Entscheidungen jedoch dazu führten, dass im Kontext der strategischen Steuerung der Kampagne es nicht zu einem klaren Werben um die Zweitstimme in allen anderen Wahlkreisen führte, muss im Nachhinein klar als Fehler bewertet werden.

Authentische und überzeugende Kandidat*innen

Dass die grünen Direktkandidat*innen mehr Erststimmen erhielten, als die Grünen Zweitstimmen ist sicher auf die kommunalpolitische Verankerung zurückzuführen, die Anerkennung fand, sich aber nicht 1:1 auf die Partei übertragen ließ. Gerade in den ländlichen Wahlkreisen haben die Erststimmen teilweise erheblich über den Zweitstimmen gelegen. Dort traten langjährig aktive und lokal bekannte Kandidat*innen an.

Es traten auch neue Gesichter an, die für unsere Partei in den Wahlkampf zogen, obwohl sie für einen direkten Einzug in den Landtag chancenlos waren, jedoch als authentisch empfunden wurden. Die Landtags- und Kommunalwahlen zeigen, welches Potential für uns abgerufen werden kann, wenn die kommunale Verankerung vorhanden ist und Authentizität vorhanden ist.

Listenaufstellung - zu früh, zu exklusiv?

Ein möglicher Fehler könnte bereits die Listen-Aufstellungsversammlung im November 2018 gewesen sein, indem sie viel zu früh stattfand. Während das Wahlprogramm erst auf einem Parteitag im Juni beschlossen wurde, wurde die Landesliste bereits ein halbes Jahr vorher

festgelegt. Parteiintern entstand so der wenig grüne Eindruck, dass es vorrangig um Personen gehe und weniger um Inhalte.

Außerdem wurden nur 19 Listenkandidat*innen aufgestellt, obwohl es zur LDK mehr Bewerbungen gab. Einige nicht gewählte Bewerber*innen für vordere Listenplätze traten um die hintere Listenplätze erst gar nicht mehr an. Aufgrund der frühen Listenaufstellung konnte man die erst im späten Frühjahr feststehenden Direktkandidat*innen zudem nicht dafür gewinnen, sich auch für die Landesliste zur Verfügung zu stellen.

Organisatorische Einflüsse auf das Wahlergebnis

Missachtung von Wahlkampfgruppen (Wahlkampfkommission, Wahlkampfberatungsgruppe)

Bereits während des Wahlkampfes war grünintern eine erhebliche Unzufriedenheit über die Organisation des Wahlkampfes wahrnehmbar. Mittlerweile wurde dieser Unmut auch in den unterschiedlichen Parteigruppen offen artikuliert. Beklagt wurden vor allem die intransparenten Entscheidungsverfahren im geschäftsführenden Landesvorstand und der Landesgeschäftsstelle.

Die eigens für den Wahlkampf eingesetzte Wahlkampfberatungsgruppe wurden im Landtagswahlkampf nicht genutzt und stattdessen in die reguläre Sitzung des Landesvorstandes integriert und damit faktisch abgeschafft. Die Wahlkampfkommission wurde spätestens ab dem Sommer überhaupt nicht mehr in zentrale Entscheidungen einbezogen.

Mangelhafte Aufstellung des geschäftsführenden Vorstands und de facto Nichteinbindung der gewählten Wahlkampfkommission bei zentralen Entscheidungen

Auch auf der Ebene der Landespartei muss hinterfragt werden, inwieweit die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes ihrer Aufgabenwahrnehmung und ihren Verantwortlichkeiten für die Wahlkampagne tatsächlich gerecht wurden. Insbesondere das absolut intransparente Agieren des geschäftsführenden Vorstands und Landesgeschäftsführung und dessen Nicht-Kommunizieren mit parteiinternen Akteur*innen ist eine der wesentlichen Ursachen für die schlechte Wahlkampforganisation (siehe dazu weiter unten).

Die zentrale Wahlkampfkommission wurde in viele zentrale Entscheidungen wenn überhaupt, dann zu spät oder gar nicht einbezogen. Das rigorose Durchsetzen der Plakatauswahl und -motive seitens des geschäftsführenden Landesvorstandes gegen den ausgesprochenen Wunsch nahezu aller Anwesenden aus den Kreisverbänden auf einem dafür anberaumten Treffen sei beispielhaft angeführt. Zudem gibt es aus den Kreisverbänden einige Rückmeldungen, in denen die mangelnde Präsenz der Vorstandsmitglieder vor Ort und eine mangelhafte Einbindung bei der Organisation von örtlichen Wahlkampfveranstaltungen beklagt wurden.

Direktkandidat*innen und Listenkandidat*innen ab Platz 3 erfuhren faktisch keine Unterstützung durch den Landesvorstand. Hätte es nicht wenigstens die privat organisierten "Insektentour" oder die #369Tour mit der durchaus passenden Überschrift: "Alles muss Frau selber machen" gegeben, die eigene thematische Schwerpunkte setzen und landauf-landab auf den Marktplätzen unterwegs waren und mit den jeweiligen Direktkandidat*innen zum Gespräch einluden, würde die Bilanz des Wahlkampfes wohl noch schlechter aussehen - nicht zu vergessen die unermüdlichen Wahlkampffurlauber*innen aus diversen Bundesländern.

Fehlende inhaltliche Abstimmung zwischen Landesvorstand und Fraktion

Durch Unklarheiten in der Rollenverteilung zwischen Partei und Fraktion konnte die Geschlossenheit nach außen nicht immer gewahrt werden. Als ein Beispiel für die mangelnden Absprachen zwischen unterschiedlichen Parteigremien bei der Themensetzung, sei hier auf den Vorschlag der Landesvorsitzenden zur Einrichtung einer Schauspielschule in Altenburg hingewiesen. Der Vorschlag wurde in die heiße Wahlkampfphase hinein platziert, ohne dass es dazu Absprachen mit den Fachpolitiker*innen aus Partei und Fraktion oder gar Beschlüsse aus den jeweiligen Gremien gegeben hätte. In der Theaterlandschaft hat dies zu Verstimmungen geführt, da der Vorschlag teilweise im Gegensatz zu den von Grünen bis dahin vertretenen Vorstellungen stand. Dies steht insbesondere im diametralen Widerspruch dazu, dass ansonsten sämtliche fachlichen und politischen Fragen Inhalte betreffend ausschließlich Dank Sach- und Fachverstand der Fraktion bearbeitet und beantwortet wurden.

Mangelhafte Basisbeteiligung in den Erstellungsprozess des Wahlprogramms

Wesentlich für eine Kampagnenfähigkeit ist die Beantwortung der Frage: wofür und für wen. Die Frage des "wofür" korrespondiert ganz wesentlich mit dem Programmprozess und der Auswahl der Themen, mit denen in eine Wahl gezogen wurde/wird. Hier sind viele Monate vor dem eigentlichen Wahlkampf entscheidende Fehler passiert, die dazu führten, dass sich die Mitglieder und Freund*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht beteiligt, nicht mitgenommen fühlten. So wurden beispielsweise Programmvorlagen der Landesarbeitsgemeinschaften, die von langjährig engagierten Mitgliedern verfasst wurden, einfach nicht beachtet. Ausgewiesene Fachexpert*innen und Fachpolitiker*innen wurden gar nicht erst einbezogen oder gar gehört. Die Schreibprozesse verliefen völlig intransparent und gingen auch oft an der den Empfehlungen und der Expertise aus der Landtagsfraktion vorbei.

Mangelhafte Einbindung der Kreisverbände in die Wahlkampforganisation. Keine Wertschätzungskultur vor allem auch für Ehrenamtliche.

Weiterhin wurde eine schlechte Koordination von Wahlkampfveranstaltungen und die mangelnde Unterstützung der Kreisverbände und der Kandidat*innen durch die Landesgeschäftsstelle beklagt. Kritisch muss auch die Führung der Wahlkampfzentrale gewürdigt werden.

So stellt sich Frage, ob die Landesgeschäftsstelle eine tatsächliche Entlastung oder eine Belastung für die Kreisverbände war. Gerade die ehrenamtlich Tätigen fühlten sich mit Fragebögen, Organisation von Veranstaltungen, Einholen von Genehmigungen oder der Öffentlichkeitsarbeit teilweise überfordert.

Der Einsatz der vielen engagierten Wahlkampfurlauber*innen, die auch in größeren Kreisverbänden eine gute Unterstützung waren, wirkte unkoordiniert. Ortsfremde Personen benötigen immer Betreuung bzw. Begleitung von Menschen vor Ort. Dies sicherzustellen, kam dann als zusätzliche oft kurzfristige Aufgabe auf die zumeist ehrenamtlich tätigen Wahlkampfkoordinator*innen vor Ort zu.

Unsere Direktkandidat*innen, von denen viele das erste Mal als Direktkandidat*in antraten, fühlten sich zudem oft allein. Kritisiert wurde eine mangelnde argumentative, organisatorische und öffentlichkeitswirksame Unterstützung, vor allem bei der Themensetzung.

Fehlende Social-Media-Strategie

Seitens der Direktkandidat*innen wurde auch der fehlende Content für den Social-Media-Bereich bemängelt. Abgesehen von einigen Werbespots die in den letzten Tagen gepostet wurden, beinhaltete diese "Online-Kampagne" im Wesentlichen die Verbreitung von Pressemitteilungen oder Veranstaltungsankündigungen. Die Online-Kampagnenfähigkeit war für viele nicht gegeben und wurde übrigens auch nicht wie sonst üblich an professionelle Agenturen vergeben, sondern durch Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle erledigt. Die Direktkandidat*innen und Listenkandidat*innen waren genauso wie die Kreisverbände im Social-Media-Bereich auf sich allein gestellt.

Keine positiven Effekte durch die Bildersprache der Wahlplakate

Kritisch zu hinterfragen ist auch die Arbeit der Wahlkampfagentur und die Bildersprache der Wahlplakate und der Wahlkampfmaterialien. Die weißen, an das Design der Europakampagne angelehnten Plakate, fielen im Straßenbild wenig auf. Viele Plakate der grünen Direkt- oder Spitzenkandidat*innen prägten die Ortsbilder, mehr als die Plakate der zentralen Landeskampagne, obwohl es diese in größerer Anzahl gab.

Hinzu kommt, dass bei den Plakaten der Landeskampagne neben der Gestaltung auch die Aufhängung zu spät und an falsche Standorten erfolgte und die Lieferung manchmal auch gar nicht bis in die Kreisverbände erfolgte.

Die gesetzten Themen nicht nur aber insbesondere in der Schlussmobilisierung gingen an der Lebensrealität vorbei. Die Plakatmotive sprachen nicht an und wirkten sogar austauschbar. Beispielsweise wurden Plakate der Europawahlkampagne erneut ausgebracht, da die zugesagte Landesplakatierung einfach nicht erfolgte. Es fiel innerhalb der anderen grünen Plakate nicht auf.

Mobilisierung der Mitglieder für den Wahlkampf ist nicht gelungen

Die Kampagnenfähigkeit des gesamten Landesverbandes war insgesamt deutlich zu gering. Zwar haben manche Kreisverbände in den letzten 18 Monaten vier Wahlkämpfe geführt. Gerade weil der Mitmach-Effekt bei den Kommunalwahlen so groß war, wird die geringe Beteiligung der Mitgliedschaft am Landtagswahlkampf deutlich.

Der Wahlkampf stützte sich daher mangels Basis-Mitgliederbeteiligung oft auf hauptamtliche Aktive, die neben ihrer täglichen Arbeit in grünen Arbeitszusammenhängen auch noch ehrenamtlich in den Wahlkampf zogen.

Es ist zudem möglich, dass die Mitglieder gefragt haben: „Für wen ziehe ich eigentlich in den Wahlkampf“? Auch kann eine "kurze Landesliste" entsprechende Demobilisierungseffekte gehabt haben. Ebenso stellt sich die Frage, ob die vorherigen Unzulänglichkeiten beim Programmprozess in den Kreisverbänden demobilisierend wirkten?

Mangelhafte Wahlkampfführung im ländlichen Raum

Rückblickend muss auch die Präsenz von Spitzenpolitiker*innen unserer Partei im ländlichen Raum kritisch betrachtet werden. Neben den drei größeren Städten in der Mitte Thüringens wurden gerade Mittelstädte wie Mühlhausen, Nordhausen, Gotha, oder Apolda zu wenig beachtet.

Unsere Prominenten aus EU, Bund und Land, fanden hier zu wenig statt, die Landespartei zeigte abgesehen von eigenen privat organisierten Touren einzelner Kandidat*innen.

Es muss daher festgehalten werden: Die Mobilisierung gerade im ländlichen Raum war ein Fehlschlag. Die Art und Weise unseres Agierens auch und gerade innerparteilich, verstärkte nur die Wahrnehmung als Stadtpartei.

Notwendige Schlussfolgerungen

Welche vorläufigen Schlussfolgerungen sind aus der vorliegenden Analyse zu ziehen? Im Folgenden sollen einige Aspekte genannt werden, die ableitbar sind.

1. **Wir brauchen bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung eine Verbreiterung um landespolitisch relevante Themen.** Zu nennen ist hier zentral das Thema "Bildung". Neben dem Umwelt-/Klimaschutz müssen wir landespolitische Themen wie Bildung und Integration besser herausstellen. Hier gibt es zudem jede Menge Alleinstellungsmerkmale. So setzen wir konsequent auf Qualität - gerade in der frühkindlichen Bildung und reden eben nicht nur über Beitragsfreiheit. Uns geht es um individuelle Förderung und gute Schule für alle von Anfang an, die auf Vielfalt und Inklusion gleichermaßen setzt und stehen ohne wenn und aber für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik.
2. **Auf der inhaltlichen Ebene müssen wir in dem für uns zweifellos wichtigsten Themenbereich des Klima- und Umweltschutzes besser und erkennbarer werden.** Weitere Wähler*innengruppen über die Stammwähler*innenschaft hinaus können wir nur dann gewinnen, wenn es uns gelingt das abstrakte Thema "Klimaschutz" anhand konkreter, vor Ort wirksamer Maßnahmen, durchzudeklinieren. In einem Land wie Thüringen, das in besonderem Maße durch soziodemografische Faktoren wie ländliche Räume und im bundesdeutschen Vergleich durch unterdurchschnittliche Einkommens- und Vermögensverhältnissen geprägt ist, wird es für unsere Glaubwürdigkeit allerdings zwingend notwendig sein, die Themen Umwelt-/Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit besser miteinander zu verknüpfen. Wir müssen uns zum Ziel setzen, bei jeder von uns vorgeschlagenen klima- und umweltpolitischen Maßnahme auch die sozialpolitischen Auswirkungen aufzuzeigen und im Rahmen der Möglichkeiten mit entsprechenden Begleitmaßnahmen zu versehen. Als Beispiel würde sich der Bereich "Mobilität" anbieten. Das Zwei-Euro-Ticket ist hier ohne Zweifel ein richtiger Ansatz. Aber es muss nun auch für die einzelnen Landkreise mit konkreten Vorschlägen zur Vernetzung von ÖPNV-Angeboten und zur finanziellen Ausstattung untersetzt werden. Die Bürger*innen in der Fläche müssen einen glaubhaften Ansatz für eine nachhaltige Verkehrswende erkennen können, die ohne persönlich empfundene Verschlechterungen umsetzbar ist.
3. **Wir brauchen eine personelle Neuaufstellung. Das entpolitisierte und ohne jegliche Rückbindung an weitere parteiinterne Akteur*innen Agieren vor allem des geschäftsführenden Landesvorstandes muss schnellstens beendet werden.** Die für dieses Handeln bisher Verantwortlichen und einem Freund-Feind-Schema verhafteten Personen können bei einer Neuaufstellung keine verantwortlichen Positionen mehr einnehmen.
4. **Wir brauchen eine organisatorische Neuausrichtung des Landesverbandes. Auf der organisatorischen Ebene muss für den Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle ein Prozess zur Neustrukturierung eingeleitet werden.** Der Prozess dazu sollte auf der nächsten Landesdelegiertenkonferenz mit einem Beschluss angestoßen werden. Dabei müssen die Rollenverteilung zwischen

Landespartei, Fraktion, Landesarbeitsgemeinschaften, Kreisverbänden, der Grünen Jugend und den grünnahen Organisationen wie der DAKT e.V. und die Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V. sowie deren Vernetzung neu justiert werden.

5. **Es ist dringend notwendig, die Strukturen und damit auch Statuten unseres Landesverbandes, deren Grundstruktur aus dem Ende der 90er Jahre stammt, an eine wachsende Partei anzupassen.** Möglichst alle Kreisverbände müssen an entscheidenden Stellen der Landesebene aktiv, also mit der Möglichkeit, sich einzubringen, eingebunden werden. Die eindimensionale „Einbindung“ durch nachträgliches Mitteilen von Informationen bzw. getroffenen Entscheidungen muss ein Ende finden. Alle Parteistrukturen, auch der Landesvorstand, müssen raus aus den Hinterzimmern. Dazu gibt es unterschiedliche Optionen, die z.B. der Schaffung eines Parteirates bestehen, in welchem je ein*e Vertreter*in aus je allen Kreisverbänden genauso wie die Fraktion vertreten ist. Das ermöglicht u.a. bidirektionale Kommunikation zumal auf Augenhöhe.
6. **Die Landesgeschäftsstelle muss zu einer Servicestelle umgebaut werden.** Die Landesgeschäftsstelle muss zu einer Servicestelle der Partei für die im Landtag geleistete Facharbeit der Fraktion umgebaut werden, um die Politik aus dem Landtag, von unserer Fraktion zu transportieren, neue Impulse aufzunehmen und in den Landtag weiterzugeben. Dazu könnten u.a. regelmäßige Touren durch Thüringen dienen. Die Landesgeschäftsstelle sollte zudem zu einer Servicestelle für die Kreisverbände werden. Diese Funktion hat sie leider bisher zu wenig wahrgenommen. In Kooperation der Landesgeschäftsstelle mit grünnahen Organisationen (DAKT und BÖLL) und der Landtagsfraktion braucht es zudem eine Kontakt- und Servicestelle für die regionalen Vertreter*innen in den Räten.
7. **Wir müssen die kommunale Basis stärken und zumindest in den kleineren und mittelgroßen Städten Strukturen aufbauen.** Wir brauchen mehr Präsenz in der Fläche - vor allem aber in den Klein- und Mittelstädten. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind stark vor Ort, aber eben sehr unterschiedlich stark. Die Stärkung der kommunalen Ebene muss daher bis auf weiteres der wichtigste Teil der Arbeit des Landesverbandes bleiben. Dazu gehört auch die flächendeckende Einrichtung von grünen Wahlkreis- bzw. Abgeordnetenbüros der unterschiedlichen politischen Ebenen, für die es zudem Personal braucht.
8. **Ein wesentlicher Faktor liegt in der kontinuierlichen politischen Präsenz.** Oft müssen sich die Kreisverbände und Kandidat*innen im Wahlkampf mit der Frage auseinandersetzen: Schön, dass ihr hier seid, das man euch mal sieht, aber wo wart ihr die letzten Jahre, was habt ihr gemacht? Aufgrund der trotz Zuwächsen immer noch zu geringen Mitgliederzahl werden die meisten Kreisverbände auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, aus eigener Kraft daran etwas zu ändern, ihre Präsenz zu erhöhen. Zu oft, so berichten viele Mitglieder aus den ländlichen Regionen, bleibt keine Luft mehr, um das, was zum Beispiel in den Räten Gutes bewirkt wurde, nach außen zu berichten, Kontakte zu Medien oder potentiellen Bündnispartner*innen zu pflegen. Dafür bedarfsgerechte Unterstützung zu entwickeln ist eine Zukunftsaufgabe.